

SR-Sitzung vom 10.12.2012 – Haushaltsplan 2013 – Ausführungen des OB

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich gebe natürlich keine Stellungnahme zu meinem eingebrachten Haushalt ab.

Ich werde einige grundsätzliche Ausführungen machen, die zum Teil schon angeklungen sind, aber die noch mal klar gestellt werden müssen.

Zunächst mal fange ich an mit Gemeindefinanzbericht des Städtetages, der im Oktober dieses Jahres rausgekommen ist.

Ich will mal einige Kernzahlen daraus zitieren, damit wir wissen, wo wir eigentlich stehen. Da sind – wie in jedem Jahr - die gesamten Steuereinnahmen aller Kommunen in Deutschland aufgelistet und dann wird differenziert Steuereinnahmen West und Steuereinnahmen Ost. Gesamtsteuereinnahmen 2012 - 77,3 Milliarden. Davon 7,58 Milliarden im Osten, sind 10,3 %. Von den Grundsteuereinnahmen 10,54 Milliarden zu 1,32 12,7 % im Osten. Von den Gewerbesteuererinnahmen 32 Mio. zu 3,027 Mio. 10,1 % im Osten. Und von dem Einkommenssteueranteil 9,1 % im Osten. Wir haben aber eine Bevölkerungszahl von ungefähr 20 % der alten Bundesländer. Das heißt, wir liegen mit allen Steuereinnahmen, die wir in Ostdeutschland haben, bei ungefähr 56 %.

Diese Kernaussage, die man sich immer wieder vergegenwärtigen muss, heißt für uns, dass wir bis 2019, wenn der Solidarpakt ausläuft, das aufgeholt haben müssten, wenn wir auf gleichem Niveau weiterleben wollen, wie bisher und die Mindertransfers aus dem Solidarpakt II dann kompensiert werden müssen. Aus diesen Zahlen kann man doch deutlich erkennen, dass wir alles, aber auch alles machen müssen, damit die Wirtschaftskraft in der Stadt Magdeburg steigt und wir eigene Steuereinnahmen haben. Und zwar in allen Steuerarten – Gewerbesteuer, nicht durch Erhöhung der Hebesätze, Herr Schuster, sondern durch die Erhöhung der Steuerkraft der Betriebe, die wir in Magdeburg haben, durch Neuansiedlung, aber auch durch das Wachstum der Betriebe, die wir haben.

Und was die Einkommenssteuer betrifft, das war ja der schlimmste Wert, Einkommenssteuerwert 9,1 %. d. h., wir liegen weit, weit unter dem Gehaltsniveau, das wir eigentlich haben müssten, um auf dem gleichen Niveau mitzuhalten, wie das die vergleichbaren Städten den alten Bundesländern haben.

Ich habe schon mal die Zahl gesagt, wenn wir alleine das Durchschnittseinkommen Deutschlands in Magdeburg hätten, pro Kopf, würde bei der Magdeburger Bevölkerung eine Milliarde pro Jahr mehr privates Einkommen da sein, was wir ausgeben könnten.

Da müssen wir hin. Ohne wenn und aber müssen wir da hin, mit allem, was wir als Kommune beeinflussen können und steuern können.

Dann eine zweite Zahl, die für mich extrem wichtig ist, weil immer debattiert wird, dass wir uns auf das Niveau der westlichen Länder bewegen müssten.

Da ist eine wunderbare Tabelle auf der Seite 5, wer das mal nachlesen möchte, da sind die kommunalen Einnahmen West und die kommunalen Einnahmen Ost in Gänze mal dargestellt. Und da kommt im Durchschnitt raus, dass die westlichen Städte 2.549 Euro pro Kopf und die ostdeutschen 2.267 Euro pro Kopf in ihren kommunalen Kassen einnehmen. Die Ausgabenseite ist fast gleich. D. h., wir haben nur 89 % des Geldes pro Kopf, als die vergleichbaren Städte in den alten Bundesländern.

Wenn wir auf den westdeutschen Wert kommen würden, hätten wir in Magdeburg pro Jahr 65 Mio. mehr in der Stadtkasse. D. h., die Aussage, wir müssen uns auf das Niveau der westdeutschen Städte bewegen, ist richtig, wird aber falsch interpretiert.

Weil damit nur im zweiten Schritt darauf abgestellt wird, dass wir damit meinen, die Zuschüsse, die die Kommunen kriegen aus der Landeskasse, die sind natürlich bei uns viel höher – bei 1.038 Euro – als bei 768 in den alten Ländern. Das ist aber nicht alles. Das sind

alles erst die Gesamtzahlen, die ich zur Verfügung habe, um meine Ausgaben in der Stadt zu finanzieren. Und das Land guckt immer mit dem Finanzministerium vor allen Dingen auf die Zuschüsse. Das ist aber nur ein Faktor. Wir brauchen den Gesamtblick und der Gesamtblick heißt, dass man die weitere Finanzierung nur machen kann, wenn man auch eigene Einnahmen hat. Wenn man die nicht hat, führt es dazu, dass wir weiterhin den Aufholprozess nicht gestalten.

Ja, Sie nicken, Herr Theile, aber Sie haben keine Vorschläge, wie man das machen kann, Sie haben das kritisiert und sagen aber, dass der Bund und das Land uns Geld geben sollen, das war nicht alles, diese Aussage ist relativ trivial.

Trivial kann ich sagen: „Gib uns mehr Geld, dann stehen wir gut da.“

Wir müssen beides machen.

Wir müssen zu allererst mal lernen – und das haben wir seit zehn Jahren in Magdeburg gemacht – unsere eigenen Hausaufgaben zu machen. Man kann nicht immer nur mit dem Finger auf die anderen zeigen, Bund und Land z.B., sondern erst einmal müssen die eigenen Hausaufgaben gemacht werden. Und dass wir damit erfolgreich sind, zeigt unser Haushalt heute.

Wir haben es hinbekommen, in einer Kleinarbeit von zehn Jahren – von 2002 bis heute – dass der Haushalt ausgeglichen ist. Und die es nicht gemacht haben, kriegen es eben nicht hin. Und die haben eben immer noch 20 Mio. Minus.

Und wenn der Haushalt kritisiert wird, was man ja machen kann, da habe ich ja auch politisch gar nichts dagegen, jeder kann seine Schwerpunkte hier nennen, dann fehlen mir in der ganzen Debatte die konkreten durchgerechneten Vorschläge, nämlich wo soll was weggenommen werden, damit es an anderer Stelle drauf gepackt werden kann.

Seit einem Vierteljahr ist die Vorlage im Geschäftsgang. Trotzdem wurde nicht ein einziger entsprechender Vorschlag unterbreitet, wie gewünschte Mehrausgaben an anderer Stelle ausgeglichen werden kann.

Wir jedenfalls haben unsere Hausaufgaben 10 Jahre lang gemacht, und zwar gemeinsam mit dem Stadtrat.

Mit über 170 Maßnahmen, die wir gemeinsam hier beschlossen haben, um den Haushalt wieder auszugleichen. Und zwar ohne, dass in der Stadt für irgendjemanden im Kulturbereich, im Sportbereich, im Jugendhilfebereich Schaden entstanden ist.

Ganz im Gegenteil, wir haben Sportstätten saniert, wir haben Kitas saniert, wir haben Schulen saniert.

Alles ist in einem hervorragenden Zustand und niemand kann sagen, er hat leiden müssen in Magdeburg. Das ist einfach nicht wahr.

Wir leben in Magdeburg auf einem guten Niveau, wir finanzieren all das, was sich eine Stadt leisten sollte, in allen Bereichen. In allen Bereichen ist es auskömmlich, was wir an Geld im Haushalt haben, auch in der Jugendhilfe.

Und die Jugendhilfe kriegt in diesem Jahr mehr Geld als im letzten Jahr, die kriegen 130.000 Euro mehr.

Und der Beigeordnete Herr Brüning hat, als wir die Beschlüsse gefasst haben, darum gebeten, selbst zu entscheiden, wo im Aufgabenbereich seines Dezernates gekürzt werden soll und wo nicht. Die jetzt vorliegenden Vorschläge der Verwaltung werden von ihm mitgetragen. das wird er sicherlich noch selbst bestätigen.

Jetzt zu einigen Punkten, die noch vorgetragen worden sind von den Vorrednern.

Grundsicherung Bund, hat Herr Schuster wieder vorgetragen.

Auch wenn ich mich wiederhole: Das FAG, was wir heute in Magdeburg und in Sachsen-Anhalt haben, ist ein aufgabenbezogenes FAG. D. h., es werden die Aufgaben definiert, dann kommen die Kosten raus von 3,14 Milliarden, für die kreisfreien Städte 998 Mio. und dann wird gegen gerechnet, was gibt es für eigene Einnahmen und der Rest wird vom Land finanziert oder die Aufgaben werden finanziert.

Wenn eine Aufgabe wie die Grundsicherung wegfällt, kriegen wir das Geld auch nicht mehr.

Und das, was einige Länder – oder einige Kommunen – sich erhoffen, dass man das freie Geld so nehmen kann für andere Aufgaben, wird es bei uns nicht geben, weil das Land die Aufgabe eben nicht mehr an uns abgibt und wir damit auch nicht mehr das Geld dafür bekommen.

Zum Thema Grundsteuer – das war ja das zentrale Thema bei vielen Vorrednern – ich möchte mal erklären, warum wir das gemacht haben.

Wir haben voriges Jahr bei der Beschlussfassung zur Erhöhung der Steuer gesagt, dass, wenn wir uns das leisten können, dieser Beschluss nur ein Jahr gilt.

Auch das neue FAG hat eine grundsätzliche Regelung enthalten, die sagt nämlich, die Gemeinden, die mit ihren Steuern über dem Level liegen, denen werden die Steuern gelassen. Das sind die 12 Mio., die Herr Zimmermann vorhin gezeigt hat, 12,5 Mio. für die drei kreisfreien Städte.

Wenn wir jetzt die Steuer senken, wird uns das Geld eben nicht mehr gelassen.

D. h., wir verzichten damit auf das, was uns das Land jetzt zusichert, nämlich das Geld ohne Gegenrechnung behalten zu können.

Damit ist eine neue Situation entstanden, die uns bewogen hat, jetzt zu sagen, das muss so bleiben. Damit wir diese Sonderzahlung auch als Kommunen in den kreisfreien Städten behalten können.

Das Thema Konsolidierung ist ja schon wirklich ausreichend besprochen worden.

Da haben wir eine ganze Menge erreicht.

Und die Grundaussage im letzten Jahr im September, die wir hier getroffen haben, wir machen Haushalte nur noch ohne Schulden, die gilt nach wie vor.

Daran haben sich alle Fraktionen - alle, ohne Ausnahme – in ihren Anträgen in den Ausschüssen und auch im Finanzausschuss im Wesentlichen gehalten

Natürlich verstehe ich, dass einige auch selber Akzente setzen wollen.

Und darum hat die Verwaltung alles, was im Finanzausschuss war, in der Endkonsequenz durch Umschichtung finanziert.

Und deshalb kann ich nicht verstehen, wie man dem Haushalt heute trotzdem nicht zustimmen kann.

Herr Schuster, Sie haben vorgeschlagen, bei den Gesellschaften 2,5 Mio. Euro zu kürzen.

Das wären 1,7 Mio. bei der MVB. Denen haben wir ja schon dieses Jahr 1 Mio. mehr gegeben als im Konsolidierungsplan vorgeschrieben ist. Und natürlich ist das ein Unterschied, wenn ich einmal aus der Kapitalanlage Geld nehme, einmalig, aber gebe jedes Jahr 2 Mio. mehr, darin besteht ein großer Unterschied. Das macht in fünf Jahren 10 zu 2 Mio. aus.

Über den Bericht in der Wirtschaftswoche freuen wir uns natürlich.

Ich habe aber sofort in den Interviews gesagt, es ist für uns eine tolle Situation, denn wir haben in fünf Jahren riesengroße Schritte nach vorn gemacht.

Aber ich habe ja gerade die Zahlen aus diesem Buch zitiert, wir wissen, wo wir stehen.

Aber wir haben noch eine gigantische Aufgabe vor uns und die zwingt uns, in den nächsten Jahren auch weiter zu machen.

Ich erinnere Sie alle an das Altdefizit von 180 Mio. Auf zehn Jahre hin müssten wir im Jahr 18 Mio. Plus machen. Nicht nur den Haushalt ausgleichen, sondern 18 Mio. Plus machen, wenn die Altdefizite abgebaut werden sollen.

Und diese spannende Frage liegt vor uns und das ist keine Drohung, das ist einfach eine reale Situation, mit der nächsten Jahren weiter umgegangen werden muss.

Es sei denn, wir gehen einen ganz anderen Weg, über den man dann reden muss, wenn das Land sein STARK IV-Programm im Januar auf den Tisch legt.

Was ich bisher gehört habe, halte ich in manchen Punkten für absolut ungerecht.

Weil, ohne darauf zu schauen, wie die Schulden entstanden sind und was man gemacht hat, um sie abzubauen, die begünstigt werden, die die großen Schulden gemacht haben.

Es gibt so einen Entwurf - ob der am Ende beschlossen wird, oder nicht, weiß ich nicht - der besagt, dass wir 25 Mio. vom Land kriegen sollen zur Entschuldung der Altfehlbeträge und Halle 75 Mio.

25 zu 75, weil Halle mehr Schulden hat oder schwächer ist, ich weiß es nicht.

Halle hat aber in den letzten fünf Jahren genau so viel Geld ausgegeben wie wir.

Der Haushalt in Halle war nie kleiner als unser Haushalt, von den Gesamtausgaben pro Einwohner, als es bei uns der Fall war.

Und wenn man das so sieht, dann hat man manchmal die Frage, machst du hier alles richtig oder ist es für die Stadt nicht manchmal besser, einfach Schulden zu machen.

Nein! Ich sage trotzdem Nein.

Da wir als Stadt unsere Hausaufgaben alleine machen können und auf eigenen Beinen stehen wollen, ist der Weg, den wir bisher gegangen sind, richtig und den werden wir auch weiter gehen.

Wir werden auch weiterhin keine Haushalte vorlegen, die nicht ausgeglichen sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie einfach, jetzt bei der Beratung der Anträge und dessen, was wir besprochen haben, in sich zu gehen und zu überlegen, ob nicht das Gesamtinteresse der Stadt über allem stehen müsste.

D. h. einen Haushalt zu haben, der im Januar umsetzbar ist, mit dem wir investieren können.

Sollte sich keine Mehrheit für den Haushalt finden, dann haben wir eben keinen Haushalt.

Ist aus meiner Sicht nicht so schlimm. Dann entscheide ich alleine, was mit dem Haushalt wird.

Das wollen Sie aber bestimmt nicht.

Ich bitte Sie einfach, unter Zurückstellung kleinerer Interessen der einzelnen Fraktionen, dem Haushalt zuzustimmen, dann können wir den im Januar umsetzen und damit ist allen – allen vielleicht nicht, aber den meisten in der Stadt – mehr gedient.

Und die Bevölkerung, das sage ich Ihnen auch dazu, die erkennt das an, dass wir den Haushalt vernünftig steuern, ohne weitere Schulden zu machen.

Ich hab noch niemanden getroffen, der mich aufgefordert hat, endlich weiter Schulden zu machen.

Das sagen die Leute nicht. Die sagen manchmal, es muss was von A nach B geschoben werden, aber dass wir Schulden machen sollen, sagt eigentlich keiner, weil das in der Endkonsequenz uns alle in den nächsten Generationen auf Dauer schaden würde.

Herzlichen Dank und lassen Sie uns zur Tat schreiten!